

Schweiz

14:20 -- Tages-Anzeiger Online

Marty soll weiter ermitteln

Der Tessiner Ständerat Dick Marty kann in der CIA-Affäre weiterhin tätig bleiben. Die Justizkommission des Europarats verlängerte sein Mandat um zwei Jahre.

Ein Sprecher der parlamentarischen Versammlung bestätigte eine entsprechende Meldung der Zeitung «Blick». Die Verlängerung des Mandates für den CIA-Sonderermittler des Europarats sei bereits in der vergangenen Woche bei einer Sitzung in Griechenland erfolgt. Der Entscheid der Kommission sei einstimmig gefallen, so der Sprecher, die Wiederernennung Marty's zum Berichterstatter sei «eine Formalität» gewesen.

Publikation von Flugdaten vorgesehen

Ausserdem beschloss die Justizkommission dem Sprecher zufolge, alle Daten, die Marty zu verdächtigen Flügen gesammelt habe, zu veröffentlichen. Marty habe umfangreiches Material gesammelt, das unter anderem von der europäischen Flugsicherung Eurocontrol und von nationalen Flugsicherungsbehörden stamme. Geplant sei eine Veröffentlichung innerhalb der nächsten zwei Wochen.

Bislang war die Marty-Liste unter Verschluss gehalten worden. Einzelne Staaten wie die Schweiz hatten aber jene verdächtigen Flüge veröffentlicht, die ihr eigenes Staatsgebiet betroffen hatten. Im Sommer hatte das Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) bekannt gegeben, dass gemäss Eurocontrol zwischen 2001 und Anfang 2006 58 mutmassliche CIA-Flugzeuge auf Schweizer Flughäfen gelandet seien – der grösste Teil davon in Genf. Marty hatte später erklärt, bei den meisten habe es sich um Logistikflüge gehandelt.

Ein europäisches Netz aus Geheimgefängnissen?

Vor rund zwei Wochen hatte US-Präsident George W. Bush erstmals öffentlich eingestanden, dass der US-Geheimdienst CIA im Ausland Geheimgefängnisse unterhalten hat und weiter unterhalten wolle. Länder nannte Bush nicht. FDP-Ständerat Marty fühlte sich durch diese Äusserungen in seinem Verdacht bestärkt, dass ein Netz aus geheimen Gefängnissen und Transportflügen mit Gefangenen ganz Europa überzogen hatte.

Als mutmassliche Orte von Gefängnissen bezeichnete er in einem im Juni publizierten Bericht Polen und Rumänien. Mehr als Indizien konnte Marty bislang aber nicht liefern. Marty fordert von den USA und den europäischen Staaten, die Gefängnis-Standorte offen zu legen. Seine Ermittlungen hatte er im November des vergangenen Jahres aufgenommen, nachdem die amerikanische Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch die Existenz der Geheimgefängnisse ans Licht gebracht hatte.